

Saudi-Arabiens Krieg im Jemen

Riad treibt die Huthi-Rebellen und ihre Verbündeten immer weiter ins Lager Irans

Guido Steinberg

Die von Saudi-Arabien angeführte Intervention im Jemen tritt in eine neue Phase. Für die Führung in Riad ist sie die wichtigste Priorität in ihrem Kalten Krieg mit Iran. Die antiiranische Rhetorik des US-Präsidenten Trump hat die Saudis ermutigt, ihr militärisches Vorgehen fortzusetzen. Mehrmals hat Riad erklärt, dass es bereit ist, den seit März 2015 anhaltenden Waffengang gegen die Allianz aus Huthi-Rebellen und dem ehemaligen Präsidenten Salih samt seinen Anhängern noch lange fortzuführen. Dieses Bündnis hat aber fast den gesamten Norden des Jemen unter Kontrolle, so dass für Saudi-Arabien wenig Aussicht besteht, seine Ziele zu erreichen. Dabei sind die strategischen Folgen der Intervention für das Königreich schon heute gravierend, denn der Jemen ist erneut zum Rückzugsgebiet für Jihadisten wie al-Qaida geworden, die das Land selbst und die Nachbarstaaten bedrohen. Überdies verstärkt die humanitäre Katastrophe, die aus dem Konflikt und der Blockade des Nordens erwuchs, Ressentiments gegenüber Saudi-Arabien und seinen Verbündeten. Dadurch wird das saudisch-jemenitische Verhältnis auf Jahrzehnte belastet sein. Und schließlich könnte die saudische Militärintervention Iran erst in die Lage versetzen, einen Brückenkopf auf der Arabischen Halbinsel zu errichten, statt genau das zu verhindern.

Am 21. Mai 2017 hielt US-Präsident Donald Trump bei seinem Besuch in Riad eine Rede, in der er vor allem das gemeinsame Interesse der USA und Saudi-Arabiens hervorhob, den islamistischen Terrorismus zu bekämpfen. Für den Jemen war wichtig, dass er Saudi-Arabien für seinen Einsatz gegen die Huthi-Rebellen lobte, Iran als deren Hauptunterstützer brandmarkte und sich damit der saudischen Lesart anschloss. Das politische Riad nahm Trumps Worte begeistert auf, denn es interpretierte sie als Zustimmung zur seit 2015 deutlich aggressiveren

Außenpolitik des Königreichs. Es steht zu befürchten, dass die saudische Führung sich ermutigt sieht, ihre Intervention im Nachbarland Jemen fortzuführen, so dass eine Lösung des Konflikts zunächst in weite Ferne rückt.

Die Huthi-Salih-Allianz

Anlass für den Beginn des Konflikts im März 2015 war die Machtübernahme der Huthi-Rebellen in weiten Teilen des Jemen. Im September 2014 eroberten sie die Haupt-

stadt Sanaa und standen im März 2015 kurz davor, sich auch der Hafenstadt Aden im Süden des Landes vollständig zu bemächtigen. Daraufhin verhängten Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) eine Seeblockade, flogen Luftangriffe auf die Rebellen und nahmen Aden im Juli 2015 ein. Trotz weiterer Geländegewinne konnte die Koalition aber keine entscheidenden Vorteile erringen.

Der saudi-arabischen Führung gelten die Huthis als ihr größter Feind im Nachbarland. Unter ihrem Anführer Abd al-Malik al-Huthi präsentieren sie sich als Vertreter aller nordjemenitischen Zaiditen, die 35 bis 40 Prozent der Bevölkerung des Landes stellen und deren Imame den Jemen vom späten 9. Jahrhundert bis 1962 beherrschten. Die Zaiditen sind zwar Schiiten, stehen dem Sunnitentum allerdings viel näher als die anderen schiitischen Glaubensrichtungen. Neben sozioökonomischen Verbesserungen und mehr politischer Partizipation forderten sie schon seit den 1980er Jahren vor allem die Bewahrung kultureller und religiöser Rechte, die sie durch die Politik der Zentralregierung immer stärker gefährdet sahen. Tatsächlich missionierten von Saudi-Arabien unterstützte salafistische Gruppierungen vorwiegend in den zaiditischen Regionen im Norden. Die Regierung in Sanaa förderte diese Gruppen, denn sie befürchtete, ihr könnte in Gestalt der führenden zaiditischen Familien politische Konkurrenz erwachsen.

Ab Ende der 1990er Jahre gingen die Huthis dazu über, eine politische Bewegung mit eigenen Milizkräften aufzubauen. Zwischen 2004 und 2010 führten diese Einheiten einen Guerillakrieg gegen die Truppen des Regimes und mit ihnen verbündete Stammesmilizen, der unentschieden endete, aber den Norden verwüstete. Das Regime von Ali Abdallah Salih, der von 1978 bis 2012 Staatspräsident war, stellte die Huthi-Rebellen von Beginn an als Terroristen dar und stigmatisierte sie mit Verweis auf ihre »schiitische« Identität als Agenten Irans. Obgleich diese Behauptung falsch war, gelang es dem jemenitischen Präsidenten,

die saudi-arabische Führung zu überzeugen. Riad intervenierte im November 2009 sogar auf Seiten der Regierung, konnte aber die Huthis weder entscheidend schwächen noch den Schmuggel von Waffen in deren Gebiet verhindern.

Die Proteste des arabischen Frühlings 2011 erreichten auch den Jemen, wo Präsident Salih schließlich abtreten musste. Er machte einer Übergangsregierung unter Führung seines vorherigen Stellvertreters Abd Rabbuh Mansur Hadi Platz. Daraufhin begann im März 2013 die Konferenz des »Nationalen Dialogs«, die innerhalb von zwei Jahren eine neue Verfassung ausarbeiten sollte. Zwar waren auch die Huthis beteiligt, zogen sich im Januar 2014 aber aus den Beratungen zurück. Sie hatten bereits die vorangegangenen zwei Jahre genutzt, um ihre Positionen in ihrer Heimatprovinz Saada zu konsolidieren und in umliegenden Gegenden auszubauen. 2014 gingen sie in die Offensive, indem sie zunächst die Provinz Amran einnahmen, im September auch in Sanaa einmarschierten und die Hauptstadt unter ihre Kontrolle brachten.

Die Regierung Hadi war zu diesem Zeitpunkt so sehr geschwächt, dass sie sich der Huthis nicht erwehren konnte. Zum einen hatte sie schon im August 2014 Proteste ausgelöst, weil sie keine Subventionen für Treibstoff mehr gewähren wollte. Dies wussten die Huthis zu nutzen, um die Eroberung Sanaas vorzubereiten. Zum anderen besaß sie kaum Kontrolle über die Sicherheitskräfte, die teilweise dem ehemaligen Präsidenten Salih gegenüber loyal geblieben waren. Dieser und die Huthis begruben im Jahr 2014 ihre lange Feindschaft, so dass sich die Sicherheitskräfte den Rebellen bei der Einnahme der Stadt nicht entgegenstellten. In der Folge verbündeten sich die beiden Seiten sogar und griffen nach Süden aus, wo sie versuchten, Aden einzunehmen. Einigendes Band war die Feindschaft gegenüber Saudi-Arabien, die bei den Huthis zur Ideologie gehörte, bei Salih aber deshalb entstanden war, weil er Riad für seinen Machtverlust 2012 mitverantwortlich machte. Die neue Allianz

zeigte beträchtliche Stärke, denn ihre rund 20 000 Kämpfer vereinten die kampferprobten und hochmotivierten Guerillatruppen der Huthis mit der gut ausgerüsteten und ausgebildeten Republikanischen Garde, die Salih treu blieb. Zwar dürfte dieses Bündnis aufgrund der alten Feindschaft fragil sein, wird aber durch den Konflikt zusammengehalten. Huthis und Salih's Gefolgsleute müssten bei einer Trennung befürchten, sich militärisch und politisch nicht mehr halten zu können.

Die Rolle Irans

Die saudi-arabische Führung sieht in den Huthis schon seit 2004 Klienten Irans und äußerte wiederholt die Sorge, an ihrer südlichen Landesgrenze könne eine »jemenitische Hizbullah« entstehen. Diese Sicht der Dinge geht auf ein in Saudi-Arabien verbreitetes religiös-politisches Vorurteil zurück, das in den Schiiten der arabischen Welt potentielle »fünfte Kolonnen« Irans sieht. Seit 2012 hat sie neue Bedeutung gewonnen. Gründe dafür sind der nach 2003 gestiegene Einfluss Irans im Irak, die Stärke der Hizbullah im Libanon sowie die Intervention Irans und der Hizbullah in Syrien. Die Huthis sind aus saudi-arabischer Sicht besonders bedrohlich, weil Riad befürchtet, dass Instabilität im Jemen auf den nahen saudi-arabischen Süden, das heißt die Provinzen Jizan und Najran, übergreifen könnte. Genau aus diesem Grund stuft Saudi-Arabien den Jemen seit Jahrzehnten als sicherheitspolitische Priorität ein.

Für Iran ist der Jemen bei weitem nicht so wichtig wie der Irak, Libanon oder Syrien. Dennoch mehren sich die Hinweise, dass die Islamische Republik die Huthis unterstützt – wenn auch eher aus opportunistischen Motiven denn als Teil einer regionalen Strategie, die Saudi-Arabien und die VAE der iranischen Führung unterstellen. Der Konflikt im Jemen verschaffte Teheran die Gelegenheit, sich für den Beistand der Saudis für die Aufständischen in Syrien zu revanchieren. Dass es Iran um den Aufbau von Stützpunkten in der Umgebung des

Horns von Afrika und dem Roten Meer geht, ist möglich, aber nicht nachzuweisen.

Iranische Kontakte zu den Huthis bestanden zwar schon seit der Islamischen Revolution 1979, als auch Zaiditen nach Qom gingen, um dort bei revolutionären schiitischen Religionsgelehrten zu studieren. Doch ist die religiöse und religionspolitische Bindung der Huthis an Iran denkbar schwach. Vor allem lehnen sie die von Iran propagierte »Herrschaft des Rechtsgelehrten« (arab. wilayat al-faqih) ab. Sie bildet die ideologische Grundlage des Bündnisses Irans oder genauer der iranischen Revolutionsgarden mit der Hizbullah und den schiitischen Milizen im Irak. Schon eher teilen die Huthis den antiimperialistischen Impetus der Islamischen Republik, der bisher aber nicht ausreichte, um ein enges Verhältnis zu begründen.

Iran unterstützt die Huthis dennoch mit Waffen, Geld und Training. Wahrscheinlich gab es schon zwischen 2004 und 2009 erste Hilfen, doch lässt sich dies nicht belegen. Ab 2009 und verstärkt seit 2011 wurden die Iraner aktiver, gewährten den Huthis aber nicht annähernd so viel Unterstützung wie militanten Gruppen im Libanon, in Syrien und im Irak. In den Jahren 2013 und 2014 wurden mehrere Schiffe aufgebracht, die iranische Waffen in den Jemen transportieren sollten. Seit 2014 wächst die Zahl dieser Zwischenfälle, was darauf schließen lässt, dass Iran nach der Einnahme Sanaas durch die Huthis seine Hilfe noch einmal aufstockte. Zwar scheinen die Huthis und ihre Verbündeten sich überwiegend des Waffenarsenals bedient zu haben, das ohnehin im Jemen verfügbar war. Doch häufen sich die Hinweise, dass die Huthis bei ihren Angriffen auf saudi-arabisches Territorium unter anderem iranisches Material wie etwa Raketen verwenden. Auch Berichte über Training für die Huthis durch iranische und libanesische Ausbilder scheinen glaubwürdig zu sein.

Wie stark die Huthi-Salih-Allianz war, zeigte sie nach Beginn des Konflikts an mehreren Fronten. Zwar konnte sie Aden nicht halten, doch gelang es der von Saudi-

Arabien geführten Koalition auch nicht, in das nördliche Hochland vorzudringen. Die Stadt Taizz nahe der alten Demarkationslinie zwischen dem Nord- und dem Südjemen wurde zum wichtigsten Schlachtfeld des Konflikts. Bis heute wird sie von den Huthis und ihren Bundesgenossen belagert, ohne dass sich die Fronten nennenswert verschieben. Infolge des Patts verlegte sich das saudische Militär auf Luftangriffe im Norden, die große Zerstörungen bewirkten, militärisch aber wenig effektiv waren. Die Huthis wiederum beschossen den saudi-arabischen Süden mit Raketen, Artillerie und Mörsern, die besonders in den grenznahen Städten Najran und Jizan teils schwere Schäden anrichteten. Mehrmals rückten Huthi-Einheiten mit Salih-Truppen sogar weit auf saudi-arabisches Territorium vor. Außerdem nahmen sie Schiffe der Koalition im Roten Meer unter Feuer.

Die Saudi-VAE-Koalition

Auch in der Koalition der Huthi- und Salih-Gegner deutet wenig auf Kriegsmüdigkeit hin. In der saudi-arabischen Machtelite scheint es allen voran Verteidigungsminister Muhammad Bin Salman gewesen zu sein, der die Entscheidung für den Waffenangriff betrieb. Doch sollte die Rolle seiner Person nicht überschätzt werden, denn die Vorbereitungen auf das militärische Eingreifen liefen bereits, als Bin Salman im Januar 2015 seinem Vater im Amt nachfolgte. Berichten zufolge war es vielmehr der Kronprinz von Abu Dhabi, Muhammad Bin Zayid Al Nahyan, der starke Mann in den VAE, der die Initiative ergriff und die saudische Führung davon überzeugte, dass eine Militärintervention unumgänglich sei. In jedem Fall ist die saudisch-emiratische Koalition im Jemen intakt. Die Beförderung von Muhammad Bin Salman zum Kronprinzen im Juni 2017 dürfte das Lager der Kriegsbefürworter in Riad sogar gestärkt haben, denn es kursierten immer wieder (glaubwürdige) Gerüchte, dass der abgesetzte Thronfolger Muhammad Bin Nayif das Geschehen kritisch sieht.

Zwar gibt es Meinungsunterschiede zwischen den Verbündeten, doch sie scheinen bisher nicht gravierend zu sein. In erster Linie ist die Koalition uneins darüber, welche Haltung sie zu al-Islah einnehmen soll, dem jemenitischen Zweig der Muslimbruderschaft. Die Partei ist ein Bündnis von Islamisten, Stämmen mitsamt ihren Milizen und einigen Salafisten, das von 2011 bis 2013 der wichtigste Gegenspieler der Huthis war. Als Riad sich gemeinsam mit den VAE 2013 entschied, in der ganzen Region gegen die Muslimbrüder vorzugehen, entzog es auch al-Islah die Unterstützung. Dies trug dazu bei, dass die Huthis der Partei und den mit ihr verbündeten Stämmen 2014 eine vernichtende Niederlage bereiten konnten. Mittlerweile scheint Riad wieder gewillt zu sein, auf die Muslimbrüder zuzugehen, was die VAE aber ablehnen.

Eine weitere Meinungsverschiedenheit betrifft die Person des Präsidenten Hadi, der in Saudi-Arabien Zuflucht gesucht hat und sich nur selten in Aden aufhält. Die VAE sehen ihn sehr viel kritischer, als es die Saudis tun, und scheinen Rivalen Hadis aus der separatistischen »Südbewegung« (al-Hirak al-Janubi) als Alternative zu Hadi aufzubauen. Trotz allen Unmuts will die saudische Führung aber zumindest vorerst an ihm festhalten. Die Debatte spiegelt vor allem die in Riad und Abu Dhabi verbreitete Unzufriedenheit mit den jemenitischen Bundesgenossen insgesamt wider. Nur ein Teil der staatlichen Sicherheitskräfte entschied sich 2014 für die Übergangsregierung, so dass es dieser an einer starken Streitmacht fehlt. Die mit Saudi-Arabien und den VAE verbündeten jemenitischen Einheiten sind ein zusammengewürfelter Haufen von eher schlecht ausgebildeten und ausgestatteten Militärs sowie tribalen und lokalen Milizen. Diese haben ihre Wurzeln häufig in der Südbewegung, die seit 2008 einen unabhängigen Staat Südjemen fordert. Für einen Vormarsch auf den Norden des Landes sind sie daher kaum geeignet, obwohl sie von ihren saudi-arabischen und emiratischen

Kampfgefährten ausgebildet und ausgerüstet werden.

Weil Hadis Jemeniten so schwach sind, müssen Saudi-Arabien und die VAE die Hauptlast des Kampfes tragen. Keiner von beiden ist aber bereit, eigene Bodentruppen in nennenswerter Zahl zu entsenden. Saudi-Arabien konzentriert sich deshalb auf Luftangriffe im Norden, während die VAE mehr im Südosten und Süden des Landes aktiv sind. Insgesamt zeigt sich das emiratische Militär deutlich besser vorbereitet als das saudische. Seine Spezialkräfte waren für die Einnahme von Aden im Juli 2015 verantwortlich. Auch bei der Eroberung der Hafenstadt Mukalla, die bis April 2016 von al-Qaida gehalten wurde, spielten sie eine führende Rolle. Beide Staaten versuchten den Mangel an Personal vor allem durch die Rekrutierung von Söldnern auszugleichen. Der Sudan und Senegal entsandten reguläre Truppen, für die Saudi-Arabien bezahlt. Die VAE schicken darüber hinaus eine eigene Söldnertruppe ins Feld, die jahrelang am Golf aufgebaut wurde.

Dass schlagkräftige Bodentruppen fehlen, deutet auch auf diplomatische Defizite der Koalition hin. Saudi-Arabien hatte möglicherweise gehofft, dass Ägypten oder Pakistan Militär entsenden und damit die Schwäche der Saudis wettmachen würden. Schließlich sind beide Staaten stark von saudiarabischer finanzieller Unterstützung abhängig. Damit ermöglichte Riad dem pakistanischen Militär ein eigenes Nuklearprogramm und rettete (gemeinsam mit den VAE) das Regime des ägyptischen Präsidenten al-Sisi seit 2013 vor dem Bankrott. Trotzdem lehnte Pakistan das saudiarabische Ansinnen rundheraus ab, während Ägypten sich lediglich an der Seeblockade beteiligt. Ohne starke Bodentruppen ist aber an einen Sturz der Huthi-Salih-Allianz in Sanaa nicht zu denken. Die Koalition Saudi-Arabiens und der VAE kontrolliert zwar den Süden und den Osten des Landes und alle wichtigen Häfen, mit Ausnahme des im Nordwesten gelegenen Hudaida. Das dicht besiedelte Hochland im Norden aber scheint uneinnehmbar.

Die Rolle der USA

Wie immer in der saudi-arabischen Politik spielten die USA auch im Hinblick auf das militärische Eingreifen im Jemen eine besonders wichtige Rolle. Die Intervention war auch das Ergebnis einer Entfremdung zwischen Saudi-Arabien und den USA. In Riad hatte sich zuvor die Wahrnehmung verbreitet, die Regierung in Washington ziehe sich aus dem Nahen Osten zurück und sei nicht mehr bereit, ihre Verbündeten dort zu verteidigen. Die Prinzen in Riad hatten 2011 mit Schrecken registriert, dass die Obama-Administration jegliche Anstrengung vermissen ließ, den Sturz ihres langjährigen Verbündeten Hosni Mubarak zu verhindern. Überdies kritisierte die saudi-arabische Führung das Nuklearabkommen mit Iran vom Juli 2015, bei dem die USA Teheran zu viele Zugeständnisse gemacht hätten. Riad folgerte, dass es die Sicherheit des Königreichs selbst verteidigen müsse. Es entschied, sich iranischen Einflussgewinnen in der arabischen Welt entgegenzustellen und die Muslimbruderschaft in Ägypten zu bekämpfen. Die Intervention im Jemen war ein wichtiger Teil dieser neuen Strategie. Dass der neue Präsident Trump eine betont antiiranische Politik ankündigte, wurde in Riad sehr positiv aufgenommen und bestärkte die saudi-arabische Führung in ihrer Entschlossenheit, iranischen Verbündeten im Jemen und anderswo Paroli zu bieten.

Schon die Obama-Administration hatte auf Riads wachsende Unzufriedenheit reagiert, indem sie das saudi-arabische Eingreifen im Jemen unterstützte, obwohl viele in Washington dies kritisch sahen. Da die USA den Golfstaaten mit dem Atomabkommen viel zumuteten, glaubten sie ihnen im Kampf gegen Irans Verbündete in der Region beistehen zu müssen. Das US-Militär half bei der Zielauswahl, übermittelte Zieldaten und sonstige nachrichtendienstliche Informationen, betankte saudi-arabische Flugzeuge in der Luft und lieferte Munition und Ersatzteile. Ohne diese Unterstützung wäre es der saudi-arabischen Luftwaffe nicht möglich gewesen, den Krieg im

Jemen über mehr als zwei Jahre zu führen. Erst als die Kritik vor allem im US-Kongress aufgrund der zahlreichen zivilen Opfer der Luftangriffe (mehr als 9000 bis Juni 2017) lauter wurde, reagierte die Obama-Administration. Im Dezember 2016 stoppte sie den Verkauf von Bausätzen für Präzisionsmunition (precision-guided munitions kits) an das saudi-arabische Militär. Es handelt sich um Laserlenkungen, mit denen herkömmliche Bomben zu Präzisionswaffen umgebaut werden. Bis die saudi-arabische Luftwaffe ihre Zielauswahl verbessert habe, so hieß es damals aus Washington, werde das Material nicht geliefert.

Ein Grund für die US-Regierung, die Intervention im Jemen kritisch zu sehen, waren ihre negativen Folgen für die Terrorismusbekämpfung. Denn die Saudi-VAE-Koalition bekämpfte zunächst nur die Huthi-Salih-Allianz, nicht aber die im Südjemen schon lange starke al-Qaida. In den Jahren 2009 und 2010 war sie dreimal nur knapp daran gescheitert, Flugzeuge auf dem Weg in die USA kurz vor der Landung in die Luft zu sprengen. Den US-Behörden galt sie deshalb lange als gefährlichste al-Qaida-»Filiale«. Mit Beginn des Konflikts wurde es für die USA schwieriger, nachrichtendienstliche Informationen über al-Qaida im Jemen zu beschaffen, welche die Grundlage bildeten, um die Organisation mit Drohnenangriffen und Spezialkräften zu bekämpfen. Hinzu kam, dass US-Spezialkräfte die Luftwaffenbasis al-Anad nördlich von Aden im März 2015 räumen mussten, als die Rebellen nach Süden vorrückten. Trotzdem setzten die USA den Kampf gegen die Organisation von Stützpunkten in Saudi-Arabien und anderen Nachbarstaaten fort. Im Frühjahr 2017 verstärkte das US-Militär die Luftangriffe sogar und setzte Spezialkräfte gegen al-Qaida-Ziele im Jemen ein.

Die amerikanische Politik änderte sich rasch, nachdem der neue Präsident Donald Trump sein Amt angetreten hatte. Er ließ zwar keinen Zweifel daran, dass der Kampf gegen al-Qaida und »Islamischen Staat« (IS) auch für die neue Administration hohe

Priorität genoss. Gleichzeitig bemühte er sich jedoch, das Vertrauen der nahöstlichen Alliierten und damit auch Saudi-Arabiens wiederzugewinnen. Im Mai 2017 reiste er zu seinem ersten Auslandsbesuch überhaupt nach Saudi-Arabien und hielt dort eine programmatische Rede. Darin bezeichnete er Iran als wichtigsten Unterstützer von Terroristen »vom Libanon über den Irak bis zum Jemen« und nannte die Huthis in einem Atemzug mit dem IS, womit er sie als terroristische Gruppierung brandmarkte. Washingtons neue Linie wurde in Riad als Ermutigung verstanden, die Intervention im Jemen fortzusetzen. Dies umso mehr, als die US-Regierung Anfang Juni den Kongress informierte, sie wolle die von der Obama-Administration blockierte Lieferung von Präzisionsmunition nun zulassen und weitere Waffen nach Saudi-Arabien schicken.

Die Folgen

Es blieb schwer zu verstehen, dass die US-Regierung das saudische Vorgehen im Jemen vorbehaltlos zu unterstützen schien. Nicht nur hatte Saudi-Arabien seine Ziele nicht erreicht. Drei Entwicklungen verschlechterten zudem die strategische Lage: Die Jihadisten im Jemen erstarkten, die dramatische humanitäre Situation verschärfte die Ressentiments der Jemeniten gegen die Saudis und die Huthis konnten unter steigendem Druck gar nicht anders, als iranische Hilfe anzunehmen. Gerade dieser dritte Aspekt könnte für Saudi-Arabien unabsehbare Folgen haben. Mit dem Krieg im Jemen wollte das Königreich verhindern, dass Teheran einen Brückenkopf auf der Arabischen Halbinsel aufbaut. Nun erreicht Riad womöglich das Gegenteil von dem, was es beabsichtigte.

Al-Qaida profitiert

Al-Qaida nutzte die Wirren von 2015, um weite Teile der Provinzen Abyan, Shabwa und Hadramaut einzunehmen und zu kontrollieren. Gemeinsam mit verbündeten

Stämmen eroberte sie Anfang April Mukalla, mit 300 000 Einwohnern fünftgrößte Stadt des Landes und Hauptstadt der südöstlichen Provinz Hadramaut, und erbeutete große Waffenarsenale und viel Geld. Außerdem übernahm al-Qaida dort zusammen mit ihren Alliierten die Verwaltung. Auf die Kritik der USA an dieser Entwicklung reagierte die Koalition, indem VAE-Truppen und deren lokale Verbündete die Stadt im April 2016 zurückeroberten. Doch al-Qaida schien sich schon vor der Offensive weitgehend zurückgezogen zu haben und erlitt nur geringe Verluste. In den umliegenden Gegenden und Provinzen dagegen blieb die Organisation stark und konnte ungestört von der Koalition operieren. Al-Qaida profitierte davon, dass die jemenitischen Einheiten der Anti-Huthi-Koalition sie nicht als Feind betrachteten, weil sie teils gemeinsam mit ihnen gegen die Huthis vorging.

Auch wenn al-Qaida im Jemen zurzeit überwiegend ein lokaler Akteur ist, der hauptsächlich ums eigene Überleben und gegen die Huthis kämpft, argwöhnen die USA, dass die Organisation auch Anschläge in Saudi-Arabien oder im Westen vorbereiten könnte. Deshalb gingen sie im Frühjahr 2017 mit verstärkten Luftangriffen und Einsätzen von Spezialkräften gegen al-Qaida im Jemen vor. Diese Maßnahmen waren teils schon zu Zeiten der Obama-Administration geplant worden, so dass klar wurde, dass auch Präsident Trump dem Kampf gegen al-Qaida und den IS hohe Priorität einräumen würde. An der neuen Stärke von al-Qaida änderte dies aber nichts. Das lässt sich anhand der amerikanischen Restriktionen für Flüge von acht Flughäfen im Nahen Osten, in Nordafrika und der Türkei veranschaulichen. Im März 2017 untersagte die US-Regierung, bei Flügen in die USA Laptops mit in die Kabine zu nehmen. Washington befürchtete, dass die Akkus der Rechner versteckten Sprengstoff enthalten könnten. Anschlagversuche dieser Art gingen bisher vorwiegend von der jemenitischen al-Qaida aus.

Wachsende Ressentiments

Die rücksichtslose Vorgehensweise der Saudis trug dazu bei, Ressentiments der Jemeniten gegenüber dem nördlichen Nachbarn und seinen Verbündeten zu schüren. Dies ist vor allem deshalb wichtig, weil viele Jemeniten enge verwandtschaftliche und kulturelle Beziehungen in den saudischen Süden haben. Ein dauerhaft feindseliger Jemen würde die saudische Regierung zwingen, die Grenze zu dem Land weit besser zu sichern als heute. Neben schon jetzt bekannten Problemen wie illegaler Migration, organisierter Kriminalität und Terrorismus müsste Saudi-Arabien sich an der Grenze auch gegen militärische Gefahren wappnen.

Die Ressentiments gehen unter anderem darauf zurück, dass Saudi-Arabien sich weitgehend auf die Bombardierung aus der Luft beschränkt und damit unweigerlich zivile Opfer in Kauf nimmt. Die Lage hat sich zudem seit 2015 deutlich verschlechtert, denn die Koalition weitete ihre Ziele von rein militärischen auf die gesamte Infrastruktur aus, so dass Häfen, Elektrizitätswerke, Straßen und Brücken zerstört wurden. Hinzu kamen zahlreiche Angriffe auf Krankenhäuser, wodurch die ohnehin prekäre Gesundheitsversorgung des Jemen stark beeinträchtigt wurde. Besonders große Empörung rief ein Angriff auf ein Hospital der Organisation Ärzte ohne Grenzen im August 2016 hervor, der 19 Todesopfer forderte. Dabei scheint es sich nur um ein Bombardement von vielen gehandelt zu haben. Attacken auf weitere zivile Ziele aller Art wie etwa Lebensmittelfabriken waren an der Tagesordnung, so dass die jemenitische Wirtschaft vollkommen zusammenbrach. Hinzu kamen Fehler bei der Zielauswahl. Bei einem Luftangriff auf eine Beerdigungsgesellschaft in Sanaa im Oktober 2016 starben mehr als 100 Menschen. Dies war der Auslöser für die Entscheidung der Obama-Administration vom Dezember, eine Munitionslieferung auszusetzen.

In vielen Fällen dürfte die mangelnde Ausbildung und Erfahrung der saudischen

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2017
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Piloten eine Rolle gespielt haben, die ihre Angriffe in der Regel in größerer Höhe fliegen als ihre emiratischen Kameraden. Nachlässigkeit bei der Zielauswahl war ein weiteres Problem, wie die saudi-arabische Regierung selbst eingestand, als sie den USA im Mai/Juni 2017 eine strengere Prüfung zusagte und US-Trainingsmaßnahmen für die saudische Luftwaffe verabredete. Die Vielzahl der Angriffe auf zivile Ziele lässt aber auch den Schluss zu, dass das saudi-arabische Militär bewusst versuchte, durch die Zerstörung der Infrastruktur und Wirtschaft die Huthi-Salih-Allianz unter Druck zu setzen. Hierfür spricht beispielsweise die Seeblockade der Saudis und ihrer Verbündeten. Sie ist so effektiv, weil der Jemen schon vor der Krise rund 90% seiner Nahrungsmittel importierte, meist über den Hafen Hudaida. Die aus der Sperrung resultierende Versorgungskrise hat sich fast zu einer Hungersnot ausgeweitet. Im Mai 2017 waren bereits 17 Millionen Jemeniten von Nahrungsmittelhilfen abhängig, die aber nicht ausreichend ins Land gelangten. Obendrein brach im Oktober 2016 die Cholera aus, die im Juni 2017 schon 200 000 Menschen befallen hatte und sich rasch ausbreitete. Mehr als 1400 Jemeniten sind an der Krankheit bereits gestorben.

Iran ante portas

Saudi-Arabiens größtes Problem ist die iranische Unterstützung für die Huthi-Salih-Allianz. Durch den Waffengang im Jemen hat es sich noch verschärft. Die Isolation der Allianz und der starke militärische Druck führen dazu, dass die Rebellen und ihre Verbündeten Geld und Waffen annehmen müssen, um gegen Saudi-Arabien und die VAE zu bestehen. Und obwohl der Jemen für Iran weiterhin nicht übermäßig wichtig ist, nutzte Teheran die sich bietende Gelegenheit. Je länger der Konflikt andauert, desto mehr wächst die Gefahr, dass Iran tatsächlich einen Verbündeten im Nordjemen direkt an der saudischen Südgrenze gewinnt und vielleicht sogar selbst eine Präsenz aufbaut.

Die Fehleinschätzung, dass es sich bei den schiitischen Huthis um Klienten Irans handelt, prägt die saudi-arabische Politik schon seit 2004. Getrieben von der anti-iranischen und antischiitischen politischen Kultur ihres Landes und erschrocken über die Einflussgewinne Irans im Irak, glaubten die Politiker in Riad den Warnungen der damaligen Regierung in Sanaa, es handle sich bei den Huthis um Verbündete Irans. Obgleich es vor 2009 keine glaubwürdigen Belege für iranische Unterstützung gab, halfen die Saudis der jemenitischen Regierung in ihrem Kampf gegen die Huthis. Als sich die Hinweise auf intensiviertere Hilfen ab 2011 mehrten und die Huthis Ende 2014 große Teile des Landes einnahmen, wurde die Intervention aus saudischer Sicht zwingend notwendig.

Saudi-Arabien sieht die Huthis als Klienten Irans und diesen als Kontrahenten in einem Konflikt, der den gesamten Nahen Osten und auch Afghanistan und Pakistan umfasst. Allerdings sind die Huthis in viel stärkerem Maße lokaler Akteur mit eigener Agenda als diejenigen militanten Gruppen im Libanon, Irak und in Syrien, die von den Iranern unterstützt und kontrolliert werden. Die libanesische Hizbullah, irakische Milizen wie Badr und Kata'ib Hizbullah sowie schiitische Freiwillige aus Afghanistan und Pakistan, die in Syrien kämpfen, bilden mehr und mehr eine schiitische Internationale. Sie hängt dem Revolutionsführer Ali Khamenei an und wird von den Quds-Brigaden der Revolutionsgarden befehligt. Bisher haben die Huthis ideologisch wenig mit diesen Gruppen gemein und stehen auch nicht unter iranischem Kommando. Dauert der Konflikt im Jemen aber fort, wird ausländische Hilfe wichtiger werden und die Abhängigkeit von Iran größer. So könnten die Huthis bald doch noch zu iranischen Klienten werden.